

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 68 (1974)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Schweden als Beobachter bei der Abrüstungskonferenz  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-142385>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Anfrage an die Vertreter der Gewaltlosigkeit

Seid Ihr oder sind wir auf eine solche mögliche Entwicklung vorbereitet? Was tun wir, wenn unsere Nachbarn, unsere Freunde, unsere Arbeitskollegen abgeholt und an die Grenze geführt werden, so wie einst die Juden im Dritten Reich abgeführt worden sind? Was raten wir den Polizisten und allen Beamten, die gezwungen sind, den Volksentscheid auszuführen? Wie stellt sich für uns der Konflikt zwischen Gewaltlosigkeit und demokratischem Volksentscheid? Müßte nicht in großer Eile eine Strategie der Gewaltlosigkeit ausgearbeitet werden? Müßte man nicht heute schon aus Gründen der Menschlichkeit einen Aufruf zum Streik in bestimmten Fällen, zur Befehlsverweigerung und Militärdienstverweigerung vorbereiten? Genügen unser Einsatz im Abstimmungskampf gegen die NA-Initiative und unsere Unterstützung der «Mitenand-Iniziativ»? Ich bezweifle es.                   Hansjörg Braunschweig

## Schweden als Beobachter bei der Abrüstungskonferenz

Zu den wenig spektakulären und doch eminent notwendigen Tätigkeiten im Interesse einer Entwicklung in Richtung Weltfrieden gehört das unermüdliche Beobachten aller Entwicklungen, die sich international auf dem Gebiete der Rüstung oder Abrüstung anbahnen. Die schwedische Delegation für dieses Ziel im Ausschuß der UN hat ein gutes Auge für kleine Fortschritte, ein scharfes aber vor allem für Zuiderhandlungen gegen die Abrüstung, die leider in der Mehrzahl sind.

Die Leiterin der Delegation, **Dr. Inga Thorsson**, die im Frühjahr den Vertretern der Supermächte ins Gewissen redete (siehe NW, Juli/August 1974), äußerte sich neuerdings am 30. Juli zu den Nukleartests, die im Verlauf der letzten zwei Monate unternommen wurden. Mrs. Thorsson ist überzeugt, daß die Einstellung der Testexplosionen — wollten die Supermächte mit dem guten Beispiel vorangehen — sicherer auf die Weltöffentlichkeit wirken, und den Frieden eher gewährleisten würde als alle Nuklearversuche. Gerade die Testexplosion, die von Indien, aus Prestigegründen, unternommen und angeblich nur friedlichen Zwecken dienen soll, wird notwendigerweise einer weiteren Verbreitung nuklearer Waffen Auftrieb geben.

Die nuklearen Mini-Nukes (d. h. Nuklearwaffen, deren Wirkung die Zerstörungskapazität konventioneller Waffen nur unwesentlich übersteigt), zu deren Bau **Madame Alva Myrdal** seinerzeit sehr konkrete

Fragen stellte, sollen weder von USA noch von England hergestellt werden. Die Vereinigten Staaten insbesondere werden sich hüten, wie ihr Vertreter, Botschafter Martin, erklärte, den Unterschied zwischen nuklearen und konventionellen Waffen vergessen zu lassen. Eine entsprechende Stellungnahme der Sowjetunion ist fällig.

Die schwedische Delegation bedauert, daß keine Information erhältlich ist, was die Vereinbarung vom 3. Juli (Besuch Nixons in Moskau) betrifft. Die Ergebnisse von SALT (Strategic Arms Limitation Treaty) sind schließlich für die ganze Völkergemeinschaft von höchster Bedeutung und ihre Geheimhaltung kann nur dem Mißtrauen neue Nahrung geben.

Was die bescheidene Erweiterung des Nukleartest-Verbots betrifft, die gleichfalls am 3. Juli unterzeichnet wurde, so verpflichten sich die beiden Supermächte bloß, nach dem 31. März 1976 nur Tests von weniger als 150 Kilotons durchzuführen. Es stellt sich zudem, nach Forschungen schwedischer Spezialisten heraus, daß in den letzten Jahren kaum 10 Prozent der USA-Tests, und nicht mehr als 20 Prozent der Sowjettests diese Stärke überschritten. Dagegen deuten alle Anzeichen darauf, daß bis zum erwähnten Datum weit stärkere Tests zu erwarten sind.

Ob übrigens nukleare, unterirdische Tests von weniger als 150 Kilotons dadurch legitimiert werden sollen, ist eine weite Frage, die sich aus der bilateralen Abmachung zwischen USA und der Sowjetunion ergibt. Nach dem heutigen Stand der Dinge könnte die 150 Kilotons-Schwelle eventuell nur ein weiteres Hindernis für ein universelles und vollumfängliches Testverbot darstellen.

Daß die 150 Kiloton-Schwelle für Nukleartests möglicherweise nur eine Scheinkonzession ist, erhellt aus den neuen Entwicklungen von sogenannten «smart»-bombs, die dafür konstruiert sind, Ziele zu entdecken und anzugreifen. Dies erhöht die Treffsicherheit der kleineren Geschosse in einem Maße, daß die stärksten Geschosse überflüssig werden. Es gibt Kenner der Materie, die befürchten, daß eine erhöhte Anzahl schwächerer Waffen einen Nuklearkrieg wahrscheinlicher macht.

Der 150 Kilotonnen-Schwellen-Testban (threshold test-ban) als bilaterales Abkommen, verstärkt den Eindruck, daß die ganze Welt von den Supermächten dirigiert wird. Die Konferenz des Abrüstungsausschusses (CCD Conference of the Committee on Disarmament) wurde aber seinerzeit von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beauftragt, nachzuforschen, welchen Einfluß dieses bilaterale Abkommen auf alle anderen Staaten ausübt.

Das umfassende und universelle Nuklear-Versuchsverbot (comprehensive test-ban) hat nach wie vor Priorität. Die Frage bleibt offen,

ob es vom Schwellen-Testban begünstigt und gefördert wird. Die schwedische Delegation hält dafür, daß die bis in Einzelheiten vorgesehene gemeinsame Kontrolle genügend Verständnis und Vertrauen erzeugen könnte, um die Kontrollfrage beim universellen Nukleartest-Verbot zurückzustellen, und damit das Haupthindernis, das die beiden Supermächte immer noch trennt, zu überwinden.

Eine der Hauptkontrollmaßnahmen besteht darin, die Explosionen zu identifizieren und ihre Position und Stärke festzustellen. Die USA und die USSR sind übereingekommen, einen umfassenden Datenaustausch zu organisieren. Die schwedische Delegation ist nun der Auffassung, daß an Beobachtungen dieser Art auch andere Staaten teilnehmen sollten. Es wäre, politisch und technisch gesprochen, von Vorteil, wenn Angaben über Positionen und Zeit von Testexplosionen bekannt gegeben würden, wodurch ein Pool von Beobachtungen der verschiedenen Observatorien zustande käme. Dieser internationale Daten-Austausch wurde von der schwedischen Delegation seit vielen Jahren befürwortet und findet die Zustimmung einer Reihe von Staaten. Es dürfte von Interesse sein, daß der Vertreter der Sowjetunion mehrmals erklärt hat, seine Regierung würde bei unterirdischen Explosionen an solchen Beobachtungen teilnehmen.

Festzustellen ist ferner, ob Explosionen außerhalb der Versuchsgelände nuklear oder nicht-nuklear sind, und, im ersten Fall, ob sie friedlichen Zwecken dienen. Die Beurteilung dieser Probleme fußt auf der Vereinbarung der beiden Supermächte von Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke. Es verlautet, Beobachter anderer Staaten seien zu solchen Explosionen zugelassen. Zu hoffen wäre, daß internationale Beobachtung zustande kommt, wofür die Internationale Atomic Energy Agency in Zusammenarbeit mit den beiden Supermächten und anderen Staaten bereits das Prozedere unter den Bestimmungen des NPT-Abkommens (Non-Proliferation Treaty) vorbereitet hat. Diese Prozedur-Pläne wären ein geeigneter Ausgangspunkt für die internationale Beobachtung solcher Explosionen **auf dem Territorium der beiden Supermächte**.

Das Schwellen-Test-Abkommen verleiht den Nuklear-Explosionen für friedliche Zwecke einen besonderen Charakter; sie haben eine politische Bedeutung bekommen, die noch näher zu betrachten ist. Unter der Non-proliferation-Treaty sollten die non-nuklearen Staaten dafür entschädigt werden, daß sie sich verpflichteten, keine Nuklearwaffen herzustellen. Dieses Versprechen ist bisher nicht eingehalten worden. Die USA haben — vielleicht aus innenpolitischen Gründen — keine nennenswerten Projekte für «friedliche Explosionen», wogegen die Sowjetunion in ihrem Programm nützliche und mögliche Anwendungsformen für friedliche Zwecke vorzuweisen hat.

Um das Non-Proliferation-Abkommen zu vervollständigen, muß unbedingt eine internationale Vereinbarung über Nuklear-Explosionen zu friedlichen Zwecken geschlossen werden, eine politische Angelegenheit, die der Konferenz des Ausschusses für Abrüstung (CCD) obliegt. Diese Vereinbarung muß feststellen, daß Nuklear-Explosionen für friedliche Zwecke allen Nationen möglich gemacht werden sollen, wenn sie sich verpflichten, keine Nuklearwaffen herzustellen. Die technische Machbarkeit des Projektes, seine wirtschaftlichen, gesundheitlichen und Sicherheits-Aspekte müssen von der Internationalen Atom-Energie-Agentur beurteilt werden. Eine internationale politische Körperschaft sollte das Projekt lizenziieren, wenn seine Ausführung ratsam ist. Die International Atomic Energy Agency schließlich hätte die Explosion zu organisieren und zu überwachen.

Wie im Vorstehenden ersichtlich, sollte die Verwendung nuklearer Energie einem internationalen Regime unterstellt sein. Dies ist besonders heute notwendig, da deutlich wird, daß der Anfangserfolg im Kampf gegen die Weiterverbreitung nuklearer Waffen zu einem verhängnisvollen Mißerfolg werden könnte.

Es muß vor allem die Schranke stärker gemacht werden, welche den friedlichen Gebrauch nuklearer Energie von der Verwendung in Nuklearwaffen trennt. Das heutige Sicherungssystem kann wohl den Mißbrauch von nuklearem Material für Waffen feststellen — es kann ihn aber nicht verhindern. Es ist nur eine Art Inspektions- und Buchhaltungs-System.

Ein Land, das Nuklearmaterial und Einrichtungen exportiert, kann nicht sicher sein, daß dieses Material später nicht in Nuklearwaffen verwendet wird. Zudem entsteht durch die sich steigernde Produktion von **Plutonium** als Nebenprodukt der Kernkraftwerke eine ungeheuer gefährliche Situation. Es ist ganz klar, daß der freie Gebrauch von Nuklearenergie für friedliche Zwecke, wie er im APT-Abkommen, Art. IV, vorgesehen war, absolut unmöglich ist, wenn die Schranke nicht genügend gesichert wird. Wenn man alle Faktoren in Betracht zieht, wäre wohl eine Internationalisierung der Aufsicht über den Gebrauch nuklearen Materials zu fordern. Die Hauptaufgabe liegt ja nicht allein in der Aufsicht, sondern in der Sicherung allen Materials, damit Nuklearwaffen nicht weiter verbreitet werden, und die möglichst sichere Produktion nuklearer Energie garantiert ist.

Die schwedische Delegation glaubt, daß die Schaffung genügend starker internationaler Maßnahmen für die wirksame Kontrolle nuklearer Energie Teil einer unentbehrlichen Ausarbeitung international angelegter und akzeptierter Maßnahmen ist. Probleme, die für die Zukunft der Menschheit lebenswichtig sind, erfordern solche Maßnahmen. «Wir wissen», erklärt Mrs. Thorsson, «daß andere Nationen die Furcht

teilen, die diesen Vorschlägen zugrunde liegt. Wir hoffen, sie vor diesem Forum diskutieren zu können.»

Auch wenn der Ausschuß der UN für Abrüstung ein weiteres Mal resultatlos getagt hat, so bedeutet dies nicht, daß eine Delegation wie die schwedische vor den Schwierigkeiten einer Einigung klein beigibt. Sie sucht die Gefahren der Kern-Energie sowohl in ihrer Verwendung zu friedlichen Zwecken wie zur Waffenherstellung **in Schranken** zu halten. Die Leser der «Neuen Wege» wissen, daß wir, was die Kernenergie angeht, auf dem Standpunkt stehen, daß Energie, die aus Kernspaltung (fission) tammt, früher oder später zur Katastrophe führen wird. Zu erstreben ist ein vernünftiger, also nicht wie heute verschwendischer Gebrauch von Energiequellen konventioneller Natur, verbunden mit Forschung nach umweltfreundlichen Formen der Verwendung von Kohle, Öl usw., wie nach neuen Energie-Quellen, zum Beispiel Sonnenenergie usw.

Da jedoch die Vereinten Nationen sich mit der Tatsache zunehmender Verwendung von Kern-Energie befassen müssen, sind wir gezwungen, zu berichten, was auf diesem Gebiet vor sich geht, wie immer wir uns zum Zweck solcher Verhandlungen stellen.

Red.

## Gegensätze

1974 wird ohne Zweifel einen markanten Platz in der Weltgeschichte einnehmen. Der Gestank von Watergate bringt Korruption, Habsucht und Bosheit in einem Maße ans Tageslicht, daß sie unmöglich einem Mann oder der Schurkerei einer Gruppe zugeschrieben werden können. Kaum ein anderes Ereignis dieses Jahrhunderts hat so sehr die Heuchelei und die Behauptungen kapitalistischer Demokratie bloßgestellt. Watergate ist seinem Wesen nach nicht eine Verirrung, sondern eine Offenbarung.

Und doch ist Watergate nicht das bedeutendste Ereignis des Jahres. Eine Umfrage unter westlichen Politikern, Bankiers, Wirtschaftern, Redaktoren und Gewerkschaftern wird zeigen, daß die Wirtschaftskrise, die die Welt erfaßt hat, die stärkste Beachtung verdient. Ein schwarzer Vorhang des Elends verhüllt die Finanz-Hochburgen, wo Finanzminister und Zentralbank-Gewaltige konferieren und keine Lösung finden. Sie haben wohl eine Diagnose aber keine Heilung; die Symptome liegen klar vor, aber die Behandlung ist schlimmer als die Krankheit und bietet wenig Aussicht auf Erfolg.

Zu keiner Zeit, so weit man sich erinnern kann, hat so wenig Ver-